



Mittwoch, 11. Mai 2022, 17:00 Uhr
~12 Minuten Lesezeit

Die Datenmanipulateure

Eine neue Studie über die Impfschäden kommt zu brisanten Ergebnissen, doch die Regierung leugnet diese, und das Bundesinstitut entfernt wichtige Daten. Teil 1/2.

von Susan Bonath
Foto: Elnur/Shutterstock.com

Nach fast eineinhalb Jahren ist das Thema Impfschäden im Mainstream angekommen. Einer laufenden Studie unter dem Charité-Professor Harald Matthes zufolge könnten bisher mehr als eine halbe Million Menschen schwere Nebenwirkungen nach ihrer Corona-Impfung erlitten haben. Doch die Bundesregierung will davon nichts wissen, und das ihr unterstehende Paul-Ehrlich-Institut lässt wichtige Daten aus seinem Sicherheitsbericht verschwinden.

Die Studie des Sozialmediziners Harald Matthes hat es in sich: Bei acht von tausend Teilnehmern führten die Coronaspritzen demnach zu schweren Komplikationen – etwa 16 Mal häufiger als beim zuständigen Paul-Ehrlich-Institut (PEI) angezeigt. Demnach könnten inzwischen bereits mehr als eine halbe Million von derzeit rund 64,5 mindestens einmal Geimpften in Deutschland von schweren Nebenwirkungen betroffen sein. In einem [MDR-Beitrag \(https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/panorama/corona-impfung-nebenwirkungen-impfschaeden-100.html\)](https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/panorama/corona-impfung-nebenwirkungen-impfschaeden-100.html) forderte Matthes daher Ambulanzen für Impfgeschädigte.

Die neuartigen gentechnologischen, noch immer experimentellen Coronavakzine haben den Status einer geweihten Hostie. Wer ihre Wirksamkeit und Sicherheit anzweifelt oder gar öffentlich über Folgeschäden spricht, muss damit rechnen, von Leitmedien als Lügner, Spinner oder Rechtsextremer diffamiert zu werden, seinen Job und seine Reputation zu verlieren. Entstanden ist ein Klima aggressiver Realitätsleugnung.

Die Geschichten von Betroffenen ähneln sich: Impfschäden sind ein schwarzes Loch, viele Ärzte verschließen davor die Augen und weigern sich, Zusammenhänge mit den Spritzen zu erkennen, egal wie offensichtlich sie sein mögen. Geschädigte behandeln sie nicht selten wie Simulanten und melden ihre Komplikationen oft nicht einmal an das PEI. Letzteres übt sich im Wegschauen und Verschleiern, wie auch die Bundesregierung, dem das Institut untersteht. Und Krankenkassen bezahlen häufig nicht einmal Therapien, die Betroffenen helfen könnten.

**Viele Alarmzeichen: PEI löscht
Datenbank**

Ärzte sind eigentlich gesetzlich verpflichtet, alle Verdachtsfälle auf Impfnebenwirkungen zu melden, völlig unabhängig von der Schwere. Das PEI soll die Meldungen entgegennehmen, die Fälle untersuchen und nach Risiken fahnden, um die Sicherheit der Vakzine zu gewährleisten. Doch bereits das passive Meldesystem ist mangelhaft und für eine realitätsnahe Analyse ungeeignet.

Ärzte bekommen zeitintensive Meldungen nicht bezahlt, Betroffene wissen oft nicht, dass sie ihre Komplikationen auch selbst anzeigen können. So bleibt vieles im Dunkeln und überhaupt: Die Fälle werden nicht systematisch medizinisch untersucht. Stattdessen stellt das PEI statistische Vergleiche zwischen einem unvollständigen Sammelsurium aus Meldefällen und erwartetem Auftreten bestimmter Erkrankungen oder Todesfälle in der Gesamtbevölkerung an, die jeder wissenschaftlichen Seriosität entbehren.

Trotz dieser Mängel waren die Alarmzeichen hinsichtlich der Corona-Impfungen schon früh erkennbar. Es häuften sich Meldungen über Nebenwirkungen, auch schwerwiegende, und Todesfälle. Bis zum Jahresende 2021 zeigte das PEI in seinem vorletzten Bericht (https://www.pei.de/SharedDocs/Downloads/DE/newsroom/dossiers/sicherheitsberichte/sicherheitsbericht-27-12-20-bis-31-12-21.pdf?__blob=publicationFile&v=5) fast 245.000 gemeldete Verdachtsfälle insgesamt an, knapp 30.000 davon bezifferte es als schwerwiegend, 2.255 Betroffene seien gestorben. Es seien im Berichtszeitraum etwa 149 Millionen Impfdosen an 61,7 Millionen Menschen verabreicht worden.

Bis Anfang dieses Jahres konnte man noch einen Vergleich mit den Daten zu Impfnebenwirkungen in den vergangenen 21 Jahren in Deutschland anstellen. Doch dann entfernte das PEI seine Datenbank aus dem Internet und verweist seither auf die [Europäische Arzneimittelagentur EMA](#)

<https://www.pei.de/DE/arzneimittelsicherheit/pharmakovigilanz/uaw-datenbank/uaw-datenbank-node.html>). Problem: Ein Nichtinsider und Nichtakademiker kann sich ohne Weiteres dort kaum zurechtfinden.

Allerdings liegen der Autorin die Daten noch vor. Und der Vergleich ergibt ein deutliches Alarmsignal. So erfasste die Behörde zwischen Anfang 2000 und Ende 2020 rund 25.000 schwerwiegende und 450 tödliche Nebenwirkungen – allerdings bei rund 750 Millionen verspritzten Impfdosen. Während damals somit etwa 33 schwere Schäden pro einer Million Spritzen, unabhängig vom Vakzin, gemeldet wurden, waren es bezüglich der Corona-Impfungen mehr als 200 pro einer Million – ein Anstieg um das Sechsfache. Auf zehn Millionen Dosen kamen seinerzeit sechs Todesfallmeldungen, 2021 waren es 150 – 25 Mal mehr.

Kassendaten unerwünscht

Im Februar hatte bereits eine Analyse der Betriebskrankenkasse BKK ProVita aller knapp elf Millionen BKK-Versichertendaten für die ersten zweieinhalb Quartale 2021 für Aufsehen gesorgt. Rechnet man die dort gefundenen Behandlungsfälle mit Abrechnungs-codes für Nebenwirkung nach Corona-Impfung auf das Gesamtjahr und die ganze Bevölkerung hoch, ergibt sich hieraus eine mögliche Untererfassung aller Nebenwirkungen, unabhängig von der Schwere, um etwa den Faktor 10 bis 12.

Doch statt das Alarmsignal des damaligen BKK-ProVita-Vorstandschefs Andreas Schöpfbeck ernst zu nehmen, entließ ihn die Kasse fristlos – nach mehr als 20 Jahren im Dienst. Zu dem angekündigten Treffen zwischen ihm und dem PEI kam es nicht mehr. Auch eine Datenübermittlung fand offenbar nicht statt. PEI-Sprecherin Susanne Stöcker beteuerte im März gegenüber der

Autorin noch, man wolle nun trotzdem die Daten aller gesetzlichen Krankenkassen heranziehen. Mitte April meinte sie jedoch, diese lägen noch immer nicht vor. Sie gab den Kassen die Schuld daran.

Zugleich wird man beim PEI nicht müde, immer wieder zu betonen, dass Abrechnungsdaten von Ärzten, die für behandelte Patienten die Codierung für Nebenwirkung nach Corona-Impfung eingetragen hatten, noch nichts über die Schwere der Fälle aussagen. Nun, genau das soll ja das PEI analysieren, doch dazu bräuchte es die Daten. Die sprichwörtliche Katze beißt sich in den Schwanz. Zudem verschweigt das Institut damit, dass alle Verdachtsfälle auf Nebenwirkungen meldepflichtig sind, die über das erwartete Maß einer harmlosen Impfreaktion hinaus gehen – unabhängig von der Schwere.

Wachsende Intransparenz

Schon seit Beginn der Corona-Impfkampagne im Dezember 2020 scheint die Lust beim PEI auf rasche und transparente Dokumentation von unerwünschten Nebenwirkungen immer weiter zu schwinden. Anfänglich hatte es wöchentlich, dann 14-tägig einen Sicherheitsbericht veröffentlicht. Bald legte es sich auf einen Vierwochenrhythmus fest, im Herbst 2021 verlängerte es diesen auf zwei Monate.

Von Mal zu Mal wurden die Sicherheitsberichte intransparenter. Wichtige Daten zu verabreichten Impfdosen und gemeldeten Nebenwirkungen, schwerwiegende extra erfasst, verschwanden nach und nach aus Tabellen in einem Fließtext voller unverständlicher Fachbegriffe.

Stattdessen fanden sich mehr und mehr Tabellen in den Berichten, die nur noch einzelne Meldefälle mit bestimmten Schäden

enthielten. Diese variierten offenbar willkürlich, sodass Vergleiche zu vorherigen Berichten unmöglich waren. Und sie waren gespickt mit schwer nachvollziehbaren Rechenformeln.

Das PEI vergleicht in diesen Tabellen zumeist das unvollständige Sammelsurium von Meldedfällen mit Daten über das Auftreten bestimmter Erkrankungen in der Gesamtbevölkerung, also des erwarteten Aufkommens solcher Fälle. Das ist schon allein deshalb unseriös, weil man für solche Vergleiche alle entsprechenden Fälle heranziehen müsste. Diese Daten liegen dem PEI aber gar nicht vor.

Und schließlich verlängerte das Institut seine Berichtszeiträume nun weiter. Dem vorletzten Bericht vom 7. Februar mit Daten bis zum Jahresende 2021 folgte erst am 5. Mai das nächste Papier – diesmal mit Zahlen bis Ende März. Und das setzt der Intransparenz die sprichwörtliche Krone auf: Die konkrete Zahl der Meldedfälle zu schweren Impfschäden fehlt komplett, lediglich eine Angabe ist zu finden: Es gebe 0,2 Fälle pro 1.000 Impfdosen, also zwei Fälle pro 10.000 Dosen.

Mehr noch: Die entsprechenden Daten zu Kindern fehlen nun vollständig. Hier gibt das PEI lediglich noch eine Gesamtzahl aller Meldedfälle an, es unterscheidet nicht mehr nach der Schwere. Auch die Todesfälle hat es aus dem Bericht entfernt, obwohl es bereits bis Ende 2021 acht verstorbene Kinder erfasst hatte. Dabei wurden gerade in den vergangenen drei Monaten viele Kinder geimpft.

Wohl Tausende Impftote

Zunächst zu den spärlich vorhandenen Angaben, die man mühsam aus dem Fließtext filtern muss: Das PEI berichtet, dass bis Ende März bei 172 Millionen verabreichten Dosen für rund 296.200 Geimpfte Nebenwirkungen gemeldet worden waren. Aus einem

Diagramm ist zu entnehmen, dass etwa vier Prozent davon – rund 12.000 Menschen – bleibende Schäden erlitten hätten. Außerdem registrierte das PEI 2.810 Todesfallmeldungen, bei 116 Fällen erkannte es die Impfung als wahrscheinliche Ursache an. Allerdings beruht dies nicht auf klinischen Untersuchungen, sondern ebenfalls auf einer statistischen Schätzung.

Legt man die Angabe von 0,2 Promille schwerer Impfnebenwirkungen, bezogen auf die Einzeldosen, zugrunde, kommt man auf etwa 34.400 entsprechend Geschädigte, deren Fälle es bis zum PEI geschafft haben. Von diesen starben somit etwa acht Prozent – 2.810 Menschen.

Da sich die Promille-Angabe des PEI von 0,2 auf die Impfdosen bezieht, die Berechnung des Charité-Professors aber auf die Anzahl der Geimpften, muss die Zahl erst umgerechnet werden, um Vergleiche anzustellen. Aktuell gibt das Robert-Koch-Institut (RKI) rund 64,5 Millionen mindestens einmal Geimpfte an. Man kommt damit auf 0,5 Promille an schwer Geschädigten. Demnach kamen auf 100.000 Geimpfte rund 50 Betroffene, während die Charité-Studie 800 Betroffene unter 100.000 (0,8 Prozent) ermittelte.

Die Analyse am lebenden Objekt in der Berliner Charité ergab also ein etwa 16 Mal höheres Aufkommen schwerer Schäden, als beim PEI gemeldet wurden. Und sehr wahrscheinlich betrifft dies auch die Todesfälle, die einen Teil der schweren Schäden ausmachen. Legt man hier auch spekulativ den Faktor 16 zugrunde, könnte es inzwischen bis zu 45.000 Impftote geben.

Selbst wenn es nur einen vagen Verdacht auf mehr als eine halbe Million Geschädigte und Zehntausende Impftote gibt, ja selbst wenn man davon ausginge, die PEI-Zahlen spiegelten die Realität und es gäbe überhaupt keine Untererfassung, müssten die Behörden den vielen Fällen umgehend akribisch nachgehen, um Schaden von der

Bevölkerung abzuwenden. Aber genau das ist wohl nicht erwünscht.

Daten zu Kindern verbannt

Und der Skandal summiert sich: Ausgerechnet für Kinder und Jugendliche, von denen in den ersten drei Monaten dieses Jahres etwa 1,5 Millionen geimpft wurden, fehlen nun die wichtigsten Daten. Das PEI bezifferte die minderjährigen Opfer von schweren Schäden bis hin zum Tod gar nicht mehr. Dabei hatte es im vorletzten Bericht bis Jahresende 2021 bereits acht Todesfälle nach Impfung in dieser Altersgruppe angezeigt, bei insgesamt 3.227 Meldungen insgesamt und rund 680 schweren Schäden.

Im neuen Bericht gibt das PEI nun 5.862 Verdachtsfälle für 5- bis 17-Jährige insgesamt an. Hinzu kommen demnach 186 weitere Fälle bei jüngeren Kindern, obwohl für sie noch kein Vakzin zugelassen ist. Insgesamt gingen dem PEI damit gut 6.000 Meldungen zu, die Kinder und Jugendliche betreffen.

Warum das Institut die wichtigen Daten verbannt hat, konnte die Autorin nicht herausfinden. Auf Bitte am vergangenen Donnerstag, diese zu übermitteln, vertröstete PEI-Sprecherin Corinna Volz-Zang auf unbestimmte Zeit: Man müsse sich erst mit dem zuständigen Fachbereich in Verbindung setzen. Das erstaunt, denn die Daten sind nicht nur von erheblichem öffentlichen Interesse. Sie müssen dem Institut auch vorliegen, es dürfte Minutensache sein, sie der Presse zu übermitteln.

So bleibt nur übrig, die Daten vom vorletzten Bericht auf Basis hinzugekommener Impfungen bei Kindern und der Gesamtmeldungen hochzurechnen. Demnach könnten bis Ende März bereits bis zu 15 Todesfälle von Minderjährigen im Zusammenhang mit einer Impfung angezeigt worden sein.

Insgesamt wurden von Mitte August 2021 nach der Impfeempfehlung etwa knapp 3,3 Millionen 12- bis 17-Jährige gespritzt. Seit Ende Dezember kamen 1,2 Millionen 5- bis Zwölfjährige hinzu.

Orientiert an der Charité-Studie, könnten also bereits 35.000 Kinder schwerwiegende Komplikationen erlitten haben, und möglicherweise sind bereits mehr als 200 Minderjährige verstorben.

Neugeborene nach Impfung der Mütter geschädigt

Allerdings versteckt sich im neuen Stückwerk des PEI dennoch eine äußerst brisante Information: Unter den 186 Meldefällen zu unter Fünfjährigen befinden sich demnach nämlich 61 Säuglinge, deren Mütter, so das PEI, sich in der Stillzeit impfen ließen. Die Vakzine übertragen sich also offensichtlich über die Muttermilch.

Im September 2021 empfahl die Ständige Impfkommission (STIKO), ein ehrenamtliches Gremium am RKI die **Impfung für Stillende und Schwangere** (https://www.rki.de/SharedDocs/FAQ/COVID-Impfen/FAQ_Liste_Impfung_Schwangere_Stillende.html#:~:text=Auch%20enge%20Kontaktpersonen%20von%20Schwangeren,f%C3%BCr%20Frauen%20im%20geb%C3%A4rf%C3%A4higen%20Alter), ohne dass umfassende Studien vorlagen.

Und noch ein weiterer brisanter Fall taucht auf: Das PEI berichtet vom Tod eines Neugeborenen. Das Baby der in der Schwangerschaft geimpften Mutter verstarb demnach am Tag der Geburt. Die Erklärung des PEI dazu erinnert an bekannte Komplikationen mit der Blutgerinnung durch die Vakzine:

„Auf Nachfrage konnte ermittelt werden, dass eine

Plazenta-Ablösung mit erheblicher Hämatombildung für die Komplikationen bei dem Neugeborenen verantwortlich waren.“

Dieser Fall kommt definitiv zu den bereits bis Ende Dezember 2021 acht gemeldeten Todesfällen bei Kindern hinzu. Zu diesen gehörten auch zwei Fälle, die es in die Presse geschafft hatten: So starben im November der 12-Jährige Jason aus Cuxhaven und die 15-jährige Cheyenne Braun aus Hollfeld in Bayern, kurz nachdem sie geimpft wurden. Beide erlitten unter anderem eine schwere Herzmuskelentzündung, wie Obduktionen ergaben. Das ist eine bekannte Impfnebenwirkung, die insbesondere bei jungen Menschen auftritt. In beiden Untersuchungen stellten die Pathologen fest, dass die Impfung eine Ursache gewesen sein könnte, wollten sich aber nicht festlegen. Das PEI erkennt das bisher nicht an.

BMG leugnet wissenschaftlich erhobene Daten

Über die Gründe der offensichtlichen Datenverschleierung durch das Paul-Ehrlich-Institut lässt sich nur spekulieren. Es scheint sich um eine politische Entscheidung zu handeln: Die Bundesregierung will möglicherweise verhindern, dass sich die Impfkampagne zu einem der größten Medizinskandale in der Menschheitsgeschichte ausweiten könnte, vielleicht so gar zum größten.

Jedenfalls will man beim Bundesministerium für Gesundheit (BMG) die Studie des Charité-Professors Harald Matthes nicht kennen. Das teilte BMG-Sprecherin Doris Berve-Schucht auf Anfrage der Autorin genauso mit. Die Berichterstattung darüber, unter anderem in der ARD, ist dort aber sehr wohl bekannt.

Berve-Schucht bezeichnete die Erläuterungen des Experten selbst als „Thesen“ und setzte das Wort demonstrativ in Anführungsstriche – klingt wie „Verschwörungstheorien“. Sie fügte an, dass der Professor schließlich noch keine Studie mit entsprechenden Daten veröffentlicht habe. Daher könne das BMG „keine Bewertung vornehmen“, so Berve-Schucht.

Gar nicht äußerte sich die Sprecherin jedoch zur Tatsache, dass das dem BMG unterstellte PEI zuletzt relevante Daten grundlos nicht mehr publizierte. Handelt es sich hier gar, nach den sich mehrenden Indizien für erhebliche Sicherheitsmängel, um eine Anweisung aus dem Gesundheitsministerium? Wäre an dieser Spekulation nur ein Körnchen Wahrheit, wäre das kriminell. Bisher deutet nichts auf das Gegenteil hin.

Kampagne gegen Charité-Professer

Bleibt zu hoffen, dass Professor Matthes seinen Job behält. Die Kampagne gegen ihn ist bereits angelaufen. So verfügt [Die Zeit](https://www.zeit.de/gesundheit/2022-05/corona-impfung-nebenwirkungen-behauptungen-charite) (<https://www.zeit.de/gesundheit/2022-05/corona-impfung-nebenwirkungen-behauptungen-charite>) offenbar bessere Experten als die Charité. Dort behaupten die Autoren Ingo Arzt und Florian Schumann, Matthes würde „viel behaupten“, aber „nicht belegen“. Zunächst stürzen sie sich in bekannter Manier auf dessen Person, um ihn als unglaubwürdig darzustellen, bevor sie kritisieren: Es handele sich ja nicht um verifizierte Impfschäden, sondern nur um Angaben von Betroffenen.

Problem: Es gibt keine ordentliche Datenerhebung in Deutschland. Weder das BMG noch das PEI konnten der Autorin bisher eigens veranlasste Studien zu Impfschäden vorweisen. Anstatt also nun wissenschaftliche Fakten dagegen zu liefern, drischt die Fraktion der – man muss sie so bezeichnen –

Nebenwirkungsleugner auf den Charité-Professor ein.

Und angeblich, so die Zeit-Autoren, habe sich selbst die Charité von der doch auf ihrer **Webseite** (https://www.charite.de/service/klinische_studien_detail/item/studien_detail/impfsurv/) angezeigten laufenden Studie distanziert.

Es geht den Kämpfern für die politische Deutungshoheit also weiter darum, keinerlei Kritik an den inzwischen auch hinsichtlich ihrer Wirksamkeit äußerst fragwürdigen, aber für die Hersteller ausgesprochen profitablen, neuartigen Vakzinen zuzulassen. Unliebsame Daten werden verbannt, Kritiker fertiggemacht. Die Wahrheit ist schon lange gestorben.



Susan Bonath, geboren in der DDR, arbeitet seit 2004 als freie Journalistin und berichtet seit 2010 für die **junge Welt**. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind unter anderem Kapitalismuskritik, Arbeit und Soziales. Sie lebt in Sachsen-Anhalt.

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz (Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International** (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>)) lizenziert. Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.